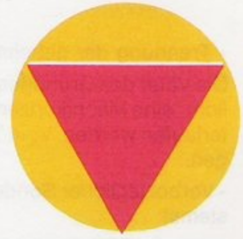
DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

August 6/90

Verfassungsfragen sind Machtfragen

In 8 Punkten will Bundeskanzler Helmut Kohl die Zustimmung des Präsidenten der UdSSR M. Gorbatschow erreicht haben. In den Punkten heißt es immer wieder: ...Einigung Deutschlands...ein vereintes, ... oder das geeinte Deutschland, aber nicht einmal heißt es: nach dem Beitritt. Diese Tatsache läßt den Schluß zu, M. Gorbatschow hat für den Beitritt der DDR nach § 23 G.G. kein grünes Licht gegeben. Um neue "Willensäußerungen" vorweisen zu können, forderten unmittelbar nach dem Kaukasustreffen Volkskammerabgeordnete der Liberalen, Teile der CDU und der SPD am 1. Dezember 90 den Beitritt (geht besser ins Ohr wie Anschluß) zu beschließen, obwohl der zweite Staatsvertrag mit allen Regularien zur Annahme frühestens Ende November 90 abgeschlossen sein könnte. Hinzu kommt der Auftrag der 4 plus 2 Konferenzen von Paris (17.07.90), eine neue Verfassung auszuarbeiten. Die VVN-BdA lehnt einen Beitritt in die BRD nach D-Mark Muster ab. Sie hat schon bevor der jetzige Prozeß begann, die Entrümpelung des G.G. gefordert, den antifaschistischen Grundrechten Geltung zu verschaffen. Genau mit diesen Forderungen sind die Antifaschisten mit allen Demokraten auf einer Linie. Diese Entrümpelung ist für die Medien bis heute kein Thema. Selbst die in der Pressekonferenz des Bremer Forums für Bürgerrechte und Demokratie (ganze zwei Reporterinnen waren erschienen) vorgelegten Dokumente, fanden keine Gnade vor den Chefs der Medien. Die zweite Vorsitzende unseres Verbandes hat teilgenommen, wir dokumentieren ihre Aufzeichnungen:

Der erste deutsch/deutsche Staatsvertrag

ist - mit der Mehrheit der Rechten in beiden deutschen Staaten- verabschiedet worden.

Dieses schließt n i c h t aus, daß eine neue, gesamtdeutsche Verfassung -- nicht nur auf parlamentarischer Ebene! - diskutiert, erarbeitet und in Kraft gesetzt wird.

Dabei ist dem gesamtdeutschem V O L K Mitspracherecht einzuräumen:

Um sich sachkundig zu machen, muß das BRD-Grundgesetz UND die Verfassungsvorschläge des "runden Tisches" DDR gelesen, nebeneinander gesehen (verglichen) werden.

Keine Beteiligung des Volkes an diesem wichtigen zukunftsweisendem Gesetzeswerk läuft auf eine Entmündigung der freien, demokratischen Bürgerinnen und Bürger hinaus ("der wahre Souverän im demokratischen Staatswesen")

Von rechtskonservativer Seite besteht ein starkes Interesse daran, daß unser aller Zukunft "Kanzler-Sache" bleibt;

"Verfassungsfragen sind Machtfragen" wußte schon Lassalle.

Eine breite Information und Diskussion des gesamten deutschen Volkes ist unerläßlich! Nur wer Bescheid weiß, kann in der richtigen Weise mitbestimmen: **- wie kann eine gesamtdeutsche Verfassung aussehen?**

- das Bremer Forum für Bürgerrechte und Demokratie (desgleichen viele unorganisierte Linke) schlägt vor: Das Grundgesetz zu "entrümpeln" und reformieren! wann - wenn nicht jetzt - ist dies angezeigt, da Konsens herrscht: ein vereinigtes Volk braucht eine gemeinsame Verfassung.

Nach wie vor - besonders in dieser Gesetzes-Angelegenheit - muß die Parole lauten: "Mehr für Demokratie wagen!"

dazu gehört z.B. sehen-begreifen-sagen-weitersagen-was die Juckepunkte in unserem Grundgesetz sind - Die Notstandsgesetze

1949 sind - nach den Erfahrungen der NS-Zeit - umfassende Bürger-Rechte ins GG geschrieben worden - als "Schutz des Bürgers vor dem Staat." - Heute ist es vielfach umgekehrt.-

Ursprünglich war das GG auch anti-militärisch geprägt - bis 1955 - weiter verschlimmert 1968 durch die Notstandsgesetze.

Ab dann ist Krieg oder Bürgerkrieg wieder führbar geworden - durch die Territorial-Armee, genannt "Heimat-Schutz-Truppe", die nach dem Willen der Rechtskonservativen flächedeckend auf dem ganzen deutschen Staatsgebiet tätig werden soll.

Angeblich geht es nur um Objekt-Schutz, Schutz ziviler Objekte - das kann alles sein, was "Mann" dazu erklärt.

-- siehe hierzu GG.Art. 87 A...3 und 87 C --

Was diesem Ziel (Objektschutz) dient, darf gegen den Willen und gegen den Widerstand der Bevölkerung durchgesetzt werden.

Dazu gehört die "Änderung" bzw. Aufhebung des demokratischen Rechtes Wahl der Volksvertreter - siehe hierzu GG Art. 115 A-L "Verteidigungfall" - besonders GG Art. 115 H.

Eine - eigentlich längst überfällige - Alternative zum Sicherheits- und Überwachungs-Staat - fordert RA Gössner (Initiative Bürger beobachten die Polizei)

die jetzt in der DDR aufgedeckten StaSi-Skandale-Terroristen machen vergessen (sollen wohl vergessen machen), daß es auf diesem Gebiet mancherlei deutsch/deutsche Paralellen gibt.

Die "Anti-Terror-Truppen" und die - bereits eingerichteten-BRD-Verfassungsschutz-Niederlassungen in der DDR (BKA agiert schon jetzt - auf noch fremdem Boden) sind AUCH darauf gerichtet, etwaige soziale Krisen infolge von Massenarbeitslosigkeit u.a. "wirkungsvoll entgegentreten zu können".

Die Forderung muß (nach Gössner) lauten: Ausstieg aus der Sicherheit und Überwachungs-Staat-Garantie! Für die Menschenrechte!

Dazu gehört: informelle Selbstbestimmung ("freedom of informations-act")

- staatsabhängige Kontrollen der Polizei und Geheimdienste bis zu deren Abschaffung.

- Trennung der geheimen Erkenntnisse aller Sicherheits-Organe!

Die Väter des Grundgesetzes wollten - nach den Erfahrungen im NS-Staat - ausdrücklich: "eine Machtkonzentration Geheimdienste soll es NICHT geben. "Das ist längst unterlaufen worden. Vom Tat-Strafrecht ist man zum Gesinnungs-Strafrecht übergegangen.

- Verbot jeglicher Sonder-Justiz (politische Justiz), Rücknahme des Sonderrechts-Systems!

wenn die DDR-Regierung nicht auf Abschaffung besteht, erwartet die Beschuldigten - auch die beschuldigten DDR-Bürger - KEIN faires Verfahren.

Zu den Menschenrechten gehören auch:

-soziale Grundrechte besser als in unserem BRD-GG. abzusichern und unter den Schutz des Staates zu stellen,

-die Wehrpflicht abzuschaffen

-Bürgerbewegungen mit den etablierten Parteien gleichzusetzen, denn sie wirken genau so aktiv an der Willensbildung mit. Das muß sich in der konkreten Politik wiederfinden. Die Bürger des 21. Jahrhunderts sind politisch sehr viel mündiger geworden, als sie noch vor 50 Jahren waren:

-das Recht auf Arbeit

-das Verbot der Aussperrung

-das Recht auf Selbstbestimmung der Frau

-Selbstbestimmte Schwangerschaften

-VOLKSBEGEHREN

-VOLKSENTSCHEID bei allen lebens...überlebenswichtigen Fragen

u.v.a.m.

Wir wollen Mitbestimmung - wir sind das Volk -

Wir wollen nicht nur Zuschauer-Demokratie -

"runde Tische", die gute Erfahrung der revolutionären Bewegung in der DDR sind zu schnell ad acta gelegt worden!

- w e i l sie so wirksam für das Volk sind.

es reicht nicht aus, das "Mann" uns alle 4 Jahre ein Kreuzchen machen läßt.

DIE 90er JAHRE SIND ENTSCHEIDEND, FÜR DIE DEMOKRATIE IN GESAMTDEUTSCHLAND!

-auch wenn Rechtskonservative immer nur von "Wohlstand" sprechen (sie wissen warum) und auch der ist im kapitalistischen Wirtschafts-System nicht gleichermaßen für alle erreichbar.

Demokratie muß mühsam errungen werden, von allen gemeinsam.

Geschenkt wird nichts. Die anti-demokratischen Kräfte, die uns nur eine Schein-Demokratie "gewähren" wollen, sind sehr stark.

Wenn wir nicht - in Ost und West - gemeinsame Kräfte FÜR die Demokratie einsetzen können - wird es keine solche geben, die ihren Namen verdient.

Selbstverständlich habe ich während dieser Diskussion darauf verwiesen, daß die neue Verfassung eine eindeutig antifaschistische Komponente haben muß-

irmgard

Sensationssucht im Sender

Freitag, den 22. Juni, beabsichtigte "III nach 9" eine Talkshow auszustrahlen, über die man im Nachhinein noch reden kann. Das zumindest ist mit der Einladung an den ehemaligen Waffen-SS-Mann Schönhuber gelungen. "III nach 9" ist in die Schlagzeilen geraten. "Fatal" nannte es sogar Bernd Neumann, wenn Schönhuber "das Fernsehen als Plattform für seine Propaganda überlassen würde".

Es hätte so ruhig ablaufen können, wären da nicht die Störer gewesen, gegen die nicht mal die Polizei trotz massiven Einsatzes so recht half. Denn Störungen konnten ja wohl nicht vorhergesehen werden, oder?

Eingeplant waren sie ja doch so ein kleines bißchen. Vor Beginn der Sendung wurden Steine auf den Kleinbus geworfen, der Schönhuber und Anja Silja zum Swutschstudio brachte. Diese Mitteilung war als Auftakt der Sendung geplant. Überhaupt: das Swutschstudio, ein Glashaus, war geeignet, um Demonstranten vorzuführen und den Zuschauern das Gruseln einzujagen. Erst noch versicherten sich die Moderatoren, daß die Demonstranten mitspielten. Die mochten aber nicht, vor allem nicht im Saal, als Staffage vorgeführt werden. Die Polizei war auch dabei, pünktlich nach Dienstschluß, aber rechtzeitig zu Beginn der Sendung.

Es konnte losgehen. "Unser Auftrag", so der Einsatzleiter, "war es, die Scheiben zu schützen. Dabei stand die Frage, halten die Scheiben".

Dann wurden Hunde eingesetzt, als Antifaschisten die Vorführung des abgehalfterten Republikaner-Vorsitzenden mit Klopfen an die Scheiben begleiteten. Plötzlich rannten die Hundeführer mit scharfen Hunden auf die friedliche und diskussionsbereite Menge los. Im selben Moment wurden von anderer Stelle, von der Flanke der Polizei her, Flaschen und Steine geworfen. Eine Flasche zerplatzte vor den Füßen Willys. Wir versuchten, in Gesprächen zwischen Polizei und Autonomen zu vermitteln, die Lage zu beruhigen.

In den Hintergrund geriet der Anlaß zur Demonstration. Schönhuber, ehemaliger Freiwilliger der "SS-Leibstandarte Adolf Hitlers" bekannte 1981 in seinem Buch: "Ich war dabei", in der "Waffen-SS" habe er sich zum Europäer entwickelt. Dieser Rassist reinsten Wassers sitzt heute Europaparlament.

Als wäre faschistisches Denken Bestandteil politisch-demokratischen Selbstverständnisses, sollte Schönhuber dem Fernsehpublikum vorgeführt werden, wie auch wir. Verantwortlich dafür, daß nicht alles so glatt über die Bühne lief, machten die Redakteure uns von der VVN-BdA. Wir hätten "die Steinewerfer magisch angezogen". Unsinn, denn solche Behauptungen sollen nur ablenken vom eigentlichen Skandal. Unwahr, denn die Steinewerfer standen nicht vor dem Swutsch-Studio. Wen wird Radio Bremen als nächste "Person der Zeitgeschichte" einladen?

Raimund

ALLE NEUNE

Für den 22. Juni hatte ich alle jugendlichen Mitglieder der VVN-Bund der Antifaschisten schriftlich zu einem Diskussionsabend über den Weg und Ziele antifaschistischer Jugendarbeit eingeladen.

Doch es kommt immer anders als man denkt und so zogen es die Anwesenden vor, sich an der Demonstration gegen den ominösen Schönhuber-Auftritt in der "III nach Neun" Sendung zu beteiligen. Übrigens waren gerade vier Menschen erschienen, doch wird angenommen, daß einige von sich aus das Praktische dem Theoretischen vorzogen und zum Radio Bremen gegangen waren. Nichtsdestotrotz bleibt die Einladung bestehen, denn die Probleme bleiben, ob man sie bespricht oder nicht.

Für den Freitag, den 24. August, 19.30 Uhr wird zu einem allgemeinen Ratschlag über eigenständige antifaschistische Jugendarbeit ins Landesbüro, Bürgermei-

ster-Deichmann-Str. 26, eingeladen.

Themen, die diskutiert werden könnten:

-Wie geht man mit jungen Faschisten um?

-Wen schützt die Polizei? *

-Antifaschismus als radikale Orientierung, was heißt das?

-Was kann man tun?

Der Abend ist natürlich offen für alle Fragen und alle jungen Antifaschisten.

Thomas

* Anmerkung: Am 14.07. kam es in Vegesack zu einer neofaschistischen Provokation; einem Infostand der "Jungen Nationaldemokraten". Dieser wurde von Antifaschisten gestürmt. Mit Eingreifen der Polizei eskalierte die Situation, bis dahingehend, daß die Beamten "den Gebrauch der Schußwaffe androhten".

Abgehalftert und wieder oben

Am 22.6.90 war F. Schönhuber, Ex Vorsitzender der Neofa.Partei Republikaner bei Radio Bremen zur Talkshow eingeladen. Schönhuber wurde bekannt, als er sich um 1982 in einem Buch "ich war dabei" zu seiner faschistischen Vergangenheit bekannte, als Mitglied der Waffen SS. Schönhuber war bis 1982 Chefredakteur des Bayrischen Rundfunks und wurde mit etlichen Hunderttausend DM sofort abgefunden und bekommt seitdem eine monatliche "Pension" von ca. 7000,- DM, also zusammen etwa schon 1 Million DM. So hätschelt das BRD-Management seine Nazis!

Seine Republikaner hatten in Bayern als Abspaltung der CSU begonnen, bekamen in [...]st Berlin 1989 7,8 % der Stimmen, befanden sich aber seitdem auf dem Abwärtskurs. Anfang 90 war die Republikaner-Partei offensichtlich ein Hort ehemaliger NPD-Funktionäre und es kam zum Publikumswirksamen Rücktritt von Schönhuber nach stetigen Querelen. Nun lud Radio Bremen diesen gewieften Rechtsradikalen ein, auch noch in ein öffentlich zugänglich Sondersendungsstudio, mit viel Glasscheiben zur Straße. Der erwünschte Protest und ordentlich "Zoff" blieb dann auch nicht aus, nachdem die Verantwortlichen sich geweigert hatten, diesen Menschen auszuladen. DDR-SPD-Chef Thierse, Zwerenz, Kresnik und andere setzten sich publicityträchtig-sorglos beinahe, mit ihm an einen Tisch. Die Polizei wurde zum Schutz der heiligen Scheiben des Studios herbeigerufen, 8 Minuten nach dem Sendebeginn gingen 6-8 Hundeführer mit ihren Kötern ohne Maulkorb und ohne Vorwarnung auf die Antifaschisten draußen los. Erst da kam es zu bedrohlichen Abläufen, in deren Verlauf eine Scheibe, durch Fußtritt und nicht, wie die im Glashaus denen draußen am Fernseher mehrmals verlogen und hysterisch mitteilten, durch angebliche Steinwürfe, zu Bruch ging. Etliche Menschen wurden durch Bisse und Knüppel verletzt. Die Schau mußte kameragerecht angehen.

Später kam kein Wort der ehrlichen Klarstellung von den Verantwortlichen von Radio Bremen. Nur: Man möge doch abgehalfterte Politiker nicht mehr einladen. Keine antifaschistischen-prodemokratischen Erklärungen, kein Bedauern über die widerliche Schau, über die Verletzten und den anscheinend ins Regiebuch passenden Polizeieinsatz zwischen 22.00 und 23.00 Uhr.

Im übrigen ist der Herr Schönhuber genau 2 Wochen später am 7. Juli 90 wieder zum Vorsitzenden seiner Partei gewählt worden - mit überwältigender Mehrheit. Das ist lebendige Demokratie unter Mitwirkung der Medien in diesem, eigentlich unserem Land.

Jevori

Unsere Bremer Landesorganisation auf dem Wege der Genesung.

Die in den Berichten von Willy und Raimund gegebenen politischen Überblicke haben Mitgliedern und Freunden aufgezeigt:

Unser Organisation besinnt sich wieder ihrer politischen Tradition, schätzt und bewertet reale Fakten ein und beginnt mit der richtigen Umsetzung ihrer Aufgaben.

Wenngleich das "Weiterleben" außer Zweifel stand, so braucht dennoch der Gesundungsprozeß seine Zeit. Strukturelle und organisatorische neue Formen gilt es noch weiter aufzuarbeiten, aber weitgehend interessieren sich Mitglieder und Freunde auch für die finanzielle Absicherung und auch damit Existenz der Organisation.

Bei der Mehrheit unserer Mitglieder (besonders der neuen Krd./Innen) wird die Identität mit ihrer Organisation in dem Maße wachsen wie sie sich auch über alle innerorganisatorischen Vorgänge und Zustände informiert fühlen!

Dazu zählt auch die heute gültige Frage nach der finanziellen Unabhängigkeit der VVN-BdA. Damit finden die diesbezüglichen Berichte über unsere finanzielle Souveränität natürlicherweise größte Beachtung.

Aus diesen Gründen halte ich es für opportun, auf diesen Teil eines Rechenschaftsberichts besonders einzugehen.

Die Offenlegung der Finanzbilanz erbrachte ein befriedigendes Bild.

Drei wichtige Faktoren haben dieses ermöglicht:

1. Die Durchorganisierung der Kassierung in den stärksten Gruppen haben eine stabile Sanierung eingeleitet.

2. Freiwillige Beitragserhöhungen, eine breitere, auch im Aufkommen höhere Spendensolidarität trugen zur Bilanzstabilität bei.

3. Hinzu kommt, mittels einschneidender Kostenrationalisierung wurden die laufenden Kosten in abdeckbare Höhe gebracht.

Dieser Punkt basiert in erster Linie darauf, daß heute alle tätigen Kameradinnen/Krd. ehrenamtlich in der Org. ihre Arbeit leisten.

Insbesondere ist dabei die von der Kameradin Tilla seit Jahrzehnten geleistete vielseitige Tätigkeit zu erwähnen!

Zum Thema der vielfach angelasteten "Fremdfinanzierung":

Mit der Gründung einer Gesamtdeutschen Verfolgten Org. VVN wurden Jahrzehnte währende Verbindungen und Zusammenarbeit an dem Auftrag Antifaschismus entwickelt. Somit auch mit dem dann folgenden "Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer" der DDR. Auch die vom Westen vollzogene Spaltung Deutschlands konnte am gemeinsamen Kampf zur Verwirklichung unseres "Vermächtnisses" nichts ändern.

Hinzu kommt, daß unsere beiden Verbände Mitgl. der FIR (Förderation Internationaler Resistance) sind. Damit stand auch für den Verband der BRD die Aufgabe, Partnerschaftsbeziehungen zu Staaten und Städten Europas herzustellen. Die Erschwinglichkeit allein dieser Kosten hemmte die Realisierung der Beziehungen.

Ohne Zusammenarbeit und solidarische finanzielle Hilfe seitens der Kameraden vom "Komitee" wäre auch die Bremer Org. noch weniger in der Lage gewesen, Aufgaben dieses Ausmaßes durchzuführen.

Zu keinem Zeitpunkt hat die solidarische Hilfe den überparteilichen Status unserer Org. infrage gestellt!

Georg Gumpert

"Sein oder nicht Sein"

Wie eine unsichtbare Last stand diese Frage im Raum beim Bundes-Kongreß. Genau so war auch der Druck, der durch die politischen Ereignisse der letzten Zeit auf uns lastete, sowie der Zeitdruck, unter dem dieser Kongreß stattfand, zu bemerken.

Die 284 Delgierten waren fast alle von einem überzeugt: die VVN-BdA muß weiter leben, muß weiter existent sein. Nicht nur weil sie auf große Erfolge zurückblicken kann, sondern auch, weil sie gerade jetzt in dieser Zeit unbedingt vonnöten ist.

Diese Erkenntnis und Überzeugung der absoluten Mehrheit aller Teilnehmer, machte es möglich, trotz großer unterschiedlicher Meinung, einen gemeinsamen Konsens in allen strittigen Fragen zu finden. Unter dieser Voraussetzung und Bedingung konnte der Zeitplan natürlich nicht eingehalten werden. Trotzdem schaffte man das Wichtigste, die neuen Strukturen und die neuen Satzungen, ebenso wie die Finanzordung.

Wenn auch manchmal in einigen unterschiedlichen Auffassungen und Standpunkten ein Auseinanderbrechen und Scheitern drohend nahe war, wie z.B. in der Frage der Quotenregelung, wie einige meinten, wenn keine weibliche Kandidaten vorhanden sind, sollten auch keine männlichen aufgestellt werden.

Ein anderes Beispiel war die Frage der Spenden: wenn nicht bekannt sei, woher die Spenden kommen, dürften sie nicht angenommen werden. Es gab noch mehrere strittige Punkte, doch sollte man keinem unterstellen, diese Fragen und Meinungen deswegen so hoch gespielt zu haben, um das Scheitern der Konferenz zu bezwecken. Es ging allen darum sich zu bemühen, aus den gemachten Fehlern der Vergangenheit die Lehren und Konsequenzen zu ziehen, sie auszuschalten.

Natürlich gab es auch einzelne die da glaubten verkünden zu müssen, sie hätten das alles schon im voraus erkannt und darauf hingewiesen. Hierbei sei mit Verlaub zu bemerken, es waren gerade diejenigen, die der Organisation den größten Schaden bereiteten. Sie fanden auch kein Echo und Gehör, im Gegenteil, man fand es nicht mal wert darauf einzugehen.

Feststellen muß man, daß der Kongreß ein großer Erfolg war, und die Organisation eine gute Grundlage zum Neubeginn bekommen hat. Helmut

Ein Zeigefinger-Antifaschismus hat keinen Biß

Ein Beitrag zur Klärung

Was waren das doch für tolle Zeiten, als halb Deutschland händchenhaltend die eigene Unterwürfigkeit demonstrierte. Man war schließlich auch gegen Atomraketen, nicht etwa gegen Leute, die solche aufstellen und nach wie vor bereit sind, sich auch einzusetzen, nein, sondern gegen die "böse Technik", die uns so völlig unerklärlich überfallen hatte und uns bedrohte. Der Atompazifismus hat die Frage von Krieg und Frieden auf das Niveau der heutigen Diskussion um AIDS , das Ozonloch usw. heruntergebracht. Er hat die Menschen, die massenweise auf die Straße gingen, in bemerkenswerter Weise entpolitisiert und das erreicht, was zu erwarten war: NICHTS.

Die großdeutsche Bundeswehr rückt gegen die derzeit noch gültige polnische Westgrenze vor und nicht nur in den östlichen Nachbarländern schaut man nachdenklich auf das 80-Millionen-Volk, das sich vor einigen Jahren vehement gegen amerikanische (nicht deutsche!) Raketen wandte und es heute für recht normal hält, daß man ihm wieder die Füße küßt.

Halt: Vielleicht ist das gerade das Bleibende dieser glorreichen Zeit, daß man Menschen daran gewöhnt hat zu glauben, man brauche nur genügend mit dem moralischen Zeigefinger zu winken, ein bißchen auf die Tränendrüse zu drücken, Weihrauch zu schwenken und alles werde gut.

Das entpolitisierte Politikverständnis, das natürlich auch Politik ist, scheint sich nun auch im Antifaschismus breitzumachen.

Die VVN-Bund der Antifaschisten war bisher im wesentlichen ein linke Organisation und zwar durchaus nicht nur, wie man jetzt glauben zu machen versucht, weil Kameradinnen und Kameraden in der DKP waren und Gelder aus der DDR kamen, sondern z.B. wegen der Erkenntnis, daß der deutsche Faschismus nicht zuletzt eine Sache der Deutschen und Dresdner Bank oder der IG Farben war. Es sei daran erinnert, daß in den OMGUS-Berichten an die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945 der Schluß gezogen wurde, daß diese zu liquidieren seien und die verantwortlichen Mitarbeiter als Kriegsverbrecher vor Gericht gehörten.

Daraus ist dann doch nichts geworden, man vertrug sich wieder, was zur Folge hatte, daß die DM-Grenze heute gegen Osten verschoben werden kann. Wenn man die Diskussion der letzten Monate besieht, bekommt man immer mehr den Eindruck, als ob dieses Wissen und die damit verbundene unsere gute Tradition im Zuge der Dinge so manchem peinlich wird.

Da leistet es sich ein just gewähltes Mitglied des Sprecherkreises der VVN-BdA, Norbert Müller, über das gewählte Gremium Bundesausschuß hinweg, den Mitgliedern vorzuschreiben, darüber zu diskutieren, was er unter einem "wirklichen Neuanfang" versteht, damit die VVN-BdA "ein geachteter Partner" im "demokratischen Spektrum" bleibe. Den Kreisen bleibt dabei die Aufgabe "das Grundproblem inhaltlich zu erkennen" und "von dieser Basis aus die Auseinandersetzung um die Zukunft unserer Organisation zu führen."

Er, der für einen Sprecherkreis als herrschendes Organ eintrat, ist wie man sieht, auch jetzt wieder bestrebt, die Basisdemokratie zu fördern.

Da erklärt ein Jochen Ries von den Grünen in einer öffentlichen Diskussion an der Uni entrüstet, es sei "Stasi-Manier", einem Schönhuber im Fernsehen nicht das Wort lassen zu wollen.

Zusammenschlüsse wie "Bremerinnen und Bremer gegen Neofaschismus" sind zerstört worden, indem die Herrschenden bei den Grünen und anderswo eingesehen haben, daß man mit antifaschistischem Bekenntnis in unserem Staat nicht weit kommt. Folglich wurden sie nicht mehr gesehen.

Die Frankfurter Konferenz in diesem Jahr war ein Possenspiel und wurde benutzt, um antikapitalistische Positionen auszugrenzen.

Jeder kann selber weitere Beispiele finden.

Reihenweise schlagen sich ehemalige Linke und Antifaschisten an die Brust, sie hätten gefehlt, man dürfe nicht mehr von früheren Träumen und Wahrheiten reden, alles sei doch jetzt gut, man ziehe doch ins Europäische Haus ein (mit 260 Millionen Russen in der Besenkammer?)

Die VVN-BdA soll sich also gefälligst einfügen in die neue Gemeinschaft der Abgeseilten und möglichst in vorauseilendem Gehorsam auf Knien herumrutschen, damit man im "demokratischen Bündnisbereich" ja "anerkannt" werde. Ob man da wohl auch das Deutschlandlied mitsingen muß wie es die Damen und Herren der SPD- und Grünen Fraktionen im Bundestag im letzten November vollbracht haben?

Da wird doch glatt so getan, als sei Antikapitalismus unvereinbar mit Humanismus und Demokratie. Schacht, Hugenberg, Stinnes und Thyssen hatten demnach wohl auch nichts mit dem Faschismus zu tun?

Wenn man nicht mehr sagen darf, was ist und war, hat man dann überhaupt noch etwas zu sagen?

Die sich anbahnende Entwicklung, ureigenste antifaschistische Begriffe wie Humanismus und Demokratie als antikommunistische Geschütze zu verwenden, ist fatal. Gezielt wird dabei auf alles, was sich nicht mit dem Diktat der Aktienpakete abfinden mag.

Ein Zeigefinger-Antifaschismus hat keinen Biß und ein wenig knabbern wollen wir doch am deutschen Gemüt. Thomas

DAS KANZLER PROGRAMM NERVENGIFT IN VOLLEN ZÜGEN

Offener Brief

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren!

Wir sind entsetzt und protestieren dagegen, daß ein Rechtsradikaler von der Radio-Bremen Fernseh-Redaktion zu einer Talkshow eingeladen wird.

Seit vielen Jahren bemühen wir uns als ein Ausländer-Kulturverein - ebenso wie viele andere Vereine und Initiativen in Bremen - durch unsere Arbeit ein friedliches Zusammenleben mit unseren deutschen Mitbürgern zu erreichen, Vorurteile abzubauen und zu überzeugen, daß die Menschen durch eine Vielfalt der Kulturen voneinander profitieren können.

Trotz dieser jahrzehntelangen Bemühungen leben wir in einer Zeit, in der wir als ausländischer Bevölkerungsteil durch ein neues repressives Ausländergesetz verunsichert werden, das Kommunale Wahlrecht für Ausländer als angeblich verfassungswidrig abgelehnt wird und durch die Vereinigung Deutschlands eine neue Welle von Ausländerfeindlichkeit zu befürchten ist.

In dieser Zeit hätten wir von ihrer Redaktion Solidarität erwartet.

Um so erschreckender ist es für uns, daß einem Rechtsradikalen hier ein Podium geboten wird, seine nationalistischen und ausländerfeindlichen Parolen zu verbreiten. Eine konstruktive Diskussion ist mit solchen Leuten erfahrungsgemäß nicht möglich. Der Verlauf der Auseinandersetzungen vor dem Sendestudio wird eventuelle Sympathisanten Schönhubers in ihren Ansichten noch verstärkt haben. Protestaktionen bleiben das letzte Mittel, wenn man vor vollendeten Tatsachen gestellt wird. Daß es dabei zu Eskalationen kommen kann, hätte von einer erfahrenen Redaktion vorausgesehen werden müssen.

Es bleibt uns völlig unverständlich, was mit diesem Auftritt bezweckt wurde.

Während unsere interkulturelle Arbeit, die positive Ziele hat, politisch klein gehalten wird und, nicht zuletzt auch durch die Presse, wenig Beachtung findet, wird für Rechtsradikale, ob gewollt oder ungewollt, allein durch die Tatsache, daß sie in der Öffentlichkeit so viel Platz bekommen, Werbung betrieben.

Wir appellieren an alle demokratisch denkenden Menschen, sich gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit einzusetzen.

Der Vorstand des Vereins Türkischer Arbeitnehmer e.V. und weitere Mitglieder.

Fremde zu FREUNDEN machen

Eigentlich ist es in Bremen seit einigen Jahrhunderten normal, daß Menschen aus anderen, oft sehr weit entfernten, Ländern mit uns in unserer Stadt leben.

Seefahrt und Handel brachten und bringen das mit sich (und einigen Bremern viel Geld ein.)

Während des Krieges waren andere Fremde in unserer Stadt:

Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter. Sehr viele von ihnen fielen bekanntermaßen der faschistischen Vernichtungs-Strategie zum Opfer.

Nach dem Krieg wurden wir Deutsche "über Nacht friedlich".

In der Wirtschafts"wunder"zeit kamen wieder Fremde - angeworben von den Unternehmern, die billige, willige Arbeitskräfte brauchten. Aus lauter Lust und Laune kamen diese Fremden nicht. Mangelnde Verdienstmöglichkeiten und materielle Not trieb sie her, aus vielen Ländern.

Dazu kommen viele, die zuhause unter extremistischen Diktatoren, Militärdiktatur-brutale Besatzungsmacht- u.ä. ein leidvolles Leben hatten und vor Folter und Mord fliehen mußten.

Sie haben ein moralisches -- theoretisches -- Recht zu kommen. So wollten es die Väter unseres Grundgesetzes - eingedenk der Immigranten während der NS-Zeit. Unsere heutigen Politiker sind sehr viel weniger sensibel. Da wird vor "Asylantenflut" gewarnt und die Einheimischen aufgehetzt oder zumindest verängstigt.

So werden die Fremden praktisch mit einem Berg von Schwierigkeiten, Diskriminierung, Fremdenfeindseligkeit konfrontiert.

Deswegen, wenn nicht sowieso, solidarisieren sich viele (so auch Antifaschisten) mit den fremden Freunden.

Es sollten noch weit mehr tun!!

Mit einer Ausnahme: w i r "dürfen" uns nicht mit den Palästinensern solidarisieren, die vor Folter und Mord fliehen müssen oder nur "ganz normal" deportiert werden. Dann "sind wir Antisemiten" und das ist der schlimmste Vorwurf der Nachkriegszeit. KEINER FRAGT DANACH, OB es wirklich Antisemitismus ist - oder der Glaube an die UNTEILBARKEIT der Menschenrechte, die a l l e n Menschen und Völkern zustehen - nicht nur manchen.

Wir "dürfen" die jahrzehntelangen, anhaltenden, eklatanten Menschenrechts-Verletzungen, deren sich die Nachkommen der ehemaligen Opfer der NS-Diktatur schuldig machen, nicht sehen und schon gar nichts dazu sagen.

Mich kümmern diese ungerechten Vorwürfe genau so wenig wie die Verbote der heutigen Täter - O H N E deswegen die ererbte Holocaust-Schuld zu leugnen.

Freunde (auch Parteifreunde), Antifaschisten machen mir deshalb ab und zu Vorwürfe oder verstehen mich nicht.

Natürlich tut mir deren Unverständnis weh - aber, das ist dann die Sache derjenigen, die sich vor lauter Vergangenheitsbewältigung nicht trauen, die GEGENWART zu sehen und HEUTIGES Unrecht, heutige Verbrechen anzuprangern, UND den Opfern zur Seite zu stehen.

Ich erzähle das auch nicht, um mich auszuheulen - oder gar zu rechtfertigen. Wer muß sich vor wem rechtfertigen, wenn er/sie seinem eigenen Gewissen folgt.

Ich erzähle das in der Hoffnung, daß die/der oder andere bereit ist darüber nachzudenken, ob Menschenrechte teilbar sind - einteilbar, zuteilbar, nach ideologischen Standpunkten oder UN-TEILBAR sind und allen gleichermaßen zustehen.

irmgard

Die Kassierer stimmen zu:

Eine Tagung der Kassierer der Kreise und Gruppen im Januar 1990 der VVN-BdA Bremen e.V. haben folgenden Vorschlägen der Finanzkommision zugestimmt:

1. Die Kreise und Gruppen rechnen das 1. Quartal 1990 voll ab.

2. Es ist eine monatliche Beitragszahlung anzustreben. Selbstverständlich bleiben andere Beitragszahlungen möglich,

3. Drei Möglichkeiten gibt es, seinen Beitrag zu entrichten:

a) durch Hauskassierung

b) Jeden Donnerstag von 15-18 Uhr im Büro

c) durch einen Dauerauftrag

Nach Vereinsrecht bleibt die Zahlung des Beitrages Bringepflicht.

4. Die Kameradinnen und Kameraden zu bitten, sie mögen prüfen, ob sie ihren Beitrag nicht erhöhen oder eine laufende Spende leisten können.

5.9 Der Einfachheithalber veröffentlichen wir die Beitragstabelle:

		monatl.
Ohne Einkommen		3,00 DM
Einkommen bis	1000,00 DM	5,00 DM
	1200,00	7,00 DM
	1500,00	10,00 DM
	2000,00	15,00 DM
	2500,00	20,00 DM
über	2500,00	25,00 DM

Auf diesem Wege sprechen wir den Kameradinnen und Kameraden, die regelmäßig den Beitrag entrichten, unseren **Herzlichen Dank aus.**

Geschäftsführender Vorstand.

Die Stadtbibliothek Bremen

leiht Klassensätze zum Thema:

Nationalsozialismus und Judenverfolgung aus.

Es sind 32 Klassensätze vorhanden

Termine:

Gedenkfahrt 1990 vom 3.-8. September, Erinnerungs-Begegnungen für ein Europa des Friedens.

An der Gedenkfahrt vom 3.-8. September können Einzelpersonen und Gruppen auch tageweise/etappenweise teilnehmen. Anmeldung und Information beim Bürgerhaus Vegesack: Tel: 65 08 05, Unkostenbeitrag für Verpflegung pro Tag: Erwachsene DM 10,00 / Schüler DM 5,00

VVN-BdA Bremen e.V. -

Vormerker: am 28. September 1990 - um 18.30 Uhr

LANDESMITGLIEDERVERSAMMLUNG

Bürgerhaus am Ohlenhof

Thema - ist in den BAF-Ausgaben Juli/ August - 5/90, August - 6/90 angerissen ("erst den BAF lesen, dann abheften")

Der geschäftsführende Vorstand.

Zum Thema: auch politische Erdbeben haben ihre Nachbeben.

Zum Beispiel die Stellungnahme des Mitgliedes unseres neugewählten Bundes-Sprecherrates N.M.

- eine Antwort darauf, vom geschäftsführenden Vorstand.

Wende ohne Ende? Bewegung - ja

Rotation, auf der Stelle, im eigenen Saft - nein

irmgard

Hermann-Böse-Singkreis

Donnerstag, 2.8.90

Donnerstag 16.8.90

Donnerstag 23.8.90

immer um 19.00 Uhr

Treffen, im VVN-Büro

VVN-BdA-Kreis Bremen-Nord

8.8.90 Zusammenkunft im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus

VVN-BdA-Gruppe Ost

ladet alle Kameradinnen/Kameraden ein, Donnerstag, 9.8.90 - 19.30 Uhr

VVN-Büro

gezeigt wird der Videofilm "Radio-Bremen - III nach 9"- "Schönhuber-Talk-show"

anschließend Diskussion

VVN-BdA-Gruppe West

Zusammenkunft der Gruppenleitung 6.8.90 - 20.00 Uhr

Treffen aller Mitglieder 20.8.90 - 20.00 Uhr

VVN-BdA-Gruppe Süd

Donnerstag, 16.8.90 Treffen in den Räumen der Zions-Gemeinde

Landeszentrale für politische Bildung

JAHRESPROGRAMM 1990

Im Büro der VVN-BdA, Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, erhältlich.

"Die Welt der Anne Frank 1929-1945"

Eine Ausstellung der Anne-Frank-Stiftung Amsterdamm

Untere Rathaushalle Bremen:

17. August bis 9. September 1990

Gustav-Heinemann-Bürgerhaus Bremen-Nord:

13. September bis 29. September 1990

III. Fernsehprogramm 8.7.90 "Heinrich Mann - Augenzeuge des Jahrhunderts

Für alle, die diese Sendung nicht gesehen haben, wiederhole ich den mitgeschriebenen Satz von Heinrich Mann im Exil 1945: „Schiebt nicht alle Schuld allein auf diesen Hitler. Bedankt Euch bei seinen Geldgebern und RUHET NICHT, BIS DER LETZTE VON IHNEN VERSCHWUNDEN IST. DIE INDUSTRIELLEN SIND DIE FEINDE. DIE KONNTEN KEINE BEFREIER, DIE KÖNNT NUR IHR SELBST BESIEGEN. SO LANGE NOCH EINE DER GROSSEN INDUSTRIEN INDIVIDUALISIERT IST, DROHEN EUCH WEITERHIN UNRECHT UND ERNIEDRIGUNG. ---"

---was haben wir erlebt? Das Adenauer-Regime "wußte es besser": alle Wehrwirtschaftsführer und Finanzleute - obwohl sie vom Nürnberger Gericht verurteilt wurden - waren bald rehabilitiert und in "ihre alten Rechte" wieder eingesetzt.

1990 - jetzt wird auch die deutsche demokratische Republik "individualisiert"- -die Wendehälse predigen: Antifaschismus darf nicht anti-kapitalistisch sein."

Wenn das Heinrich Mann erlebt hätte.

irmgard

C.I.R.U.E.

Internationales Komitee zur Beobachtung der europäischen Vereinigung

Das Abkommen von Schengen oder: der aufhaltsame europäische Polizeistaat

Wir, Minoritäten aus Frankreich, Großbritannien und der Bundesrepublik haben beschlossen, eine Beobachtungsgruppe des Prozesses um die europäische Einigung zu bilden. Wir appellieren an die Verantwortlichen in den Gremien der Kommission und des Europäischen Rates, ihre Tätigkeit transparenter für die Öffentlichkeit zu gestalten, um eine kritische Begleitung und demokratische Einwirkungsmöglichkeit zu ermöglichen.

Ein einwöchiges internationales Treffen im Herbst dieses Jahres hier in Bremen wird die Harmonisierung der ausländerfeindlichen Bestrebungen in der EG zum Gegenstand haben. Wir rufen alle interessierten Personen, Gruppen, Organisationen und Institutionen auf, diesen Kongreß zu unterstützen.

vorgesehner Termin: 25.11.-2.12.90

Europa-Tagung in Bremen

Donnerstag 30.8.90 - 19.30 Uhr

VVN-Büro

"Friedensvertrag oder Staatsvertrag - wie halten wir es mit dem Potsdamer Abkommen?"

Referat Regine Albrecht

anschließende Diskussion

Freitag, 24.August, 19.30 Uhr

VVN-Büro

Diskussion: "Jugend und Antifaschismus"

Natürlich für alle Jugendlichen!

Bibliothek

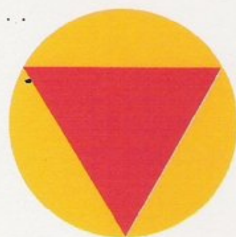
Im Büro befindet sich eine gut ausges tete Bibiliothek und ein Archiv zu den Themen: Faschismus, Krieg, rechtsradikale Gruppen und Personen, antifaschistischer Widerstand, Zwangsarbeiter - natürlich mit einem Schwerpunkt Bremen - sowie Belletristik und anderes.

In ihrer heutigen Form ist sie das Ergebnis der Arbeit von Susanne Engelbertz am "Wegweiser-Projekt Bremen". Es wird überlegt, wie man mit diesen Schätzen umgehen kann, denn Bücher, die niemand liest, sind wertlos. Ab sofort ist die Bibliothek für jedes Mitglied und Interessierte zu den Nachmittags Öffnungszeiten (15.00 - 18.00 Uhr) zugänglich. Ein Leihkonzept wird erarbeitet.

Doch was wir brauchen ist jemand, der Liebe zu Büchern hat und die verantwortungsvolle Aufgabe eines "Bibliothekars/ in" übernehmen möchte. Wer Interesse hat, möge sich einfach im Büro einfinden und sich die Sachen anschauen. G.V.

V.i.S.d.P.: Willy Hundertmark

DER BREMER ANTIFASCHIST



Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Der 1. September - Antikriegstag

erinnert daran, daß Deutschland in diesem Jahrhundert schon zwei große Kriege geplant-durchgeführt-verloren hat. Wird ein dritter unter maßgeblicher Beteiligung bundesdeutscher Firmen gerade in **Nahost** in Szene gesetzt? Diesmal sind die deutschen Kriegsgewinnler im Verbund mit den Nato-Partnern verantwortlich. Die BRD ist Drehscheibe für Waffen, Ausrüstung und Mannschaften für diesen Nahost-Krieg.

Rüstungskonzerne, wie zB MBB-DAIMLER-BENZ, machen riesige Gewinne. Mit dem Einwand, "Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel", wischen sie jeden politischen Protest vom Tisch. Die wegen des UN-Wirtschaftsembargos entstehenden Lieferausfälle erstattet (lt TAZ vom 8.8.90) die Bundesregierung aus Steuermitteln! Das bleibt nicht das einzige **Schnäppchen** der bundesdeutschen Unternehmer in diesem Jahr.

Die Zonenrandförderung soll auf die neu annektierte DDR ausgedehnt werden ... und dient sicher nicht nur den mittelständischen Unternehmen. Dieses und Anderes war schon im "geteilten" Deutschland, also in der BRD alleine möglich. Was nach der "Vereinigung" das große Deutschland alles ausrichten kann, ist eine beängstigende Vorstellung!

Bei der Gestaltung des neuen Deutschland wird davon ausgegangen, daß Leitungsfunktionen von bundesdeutschen Spitzenkräften übernommen werden müssen. Vorsichtige Prognosen von Wirtschaftsforschungsinstituten sprechen von einer **Arbeitslosigkeit** zwischen 1,4 und 4 Millionen in der DDR - die Folgen für den sozialen Frieden sind noch nicht abzusehen. Sollen nun etwa die Notstandsartikel des Grundgesetzes an den "lieben Brüdern und Schwestern" ausprobiert werden? Schon jetzt, Ende des Sommers, wächst die Arbeitslosigkeit in der BRD und die Enttäuschung über die einseitige Begünstigung durch Förderung der Großunternehmen. Für viele von den Parteien enttäuschte Jugendliche erscheinen Wahlenthaltung und Mitmarschieren bei neofaschistischen Gruppen ein Ausweg aus ihrer verbauten Zukunft zu sein. Eine Veränderung der politischen Kultur unseres Landes ist nur durch eine breite, alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche umfassende soziale Bewegung zu erreichen. Jede und Jeder kann etwas tun, alle sind aufgefordert, gemeinsam zu handeln!

Eine ähnliche Erscheinung ist uns aus der jüngsten Geschichte bekannt: die Verläufe der 20er Jahre, die Vorstufe zum Faschismus, der Faschismus als Herrschaftsform und sein Ende.

Wenn auch vielfach behauptet wird, dergleichen könne nie wieder geschehen, so stimmt das nur unter der Voraussetzung, daß wir alle dafür arbeiten, um es wirklich zu verhindern.

Antifaschismus war und ist eine aktuelle Pflichtaufgabe für Jeden und Jede, wo auch immer, zB auch in der VVN-Bund der Antifaschisten.

V.i.S.d.P.: Willi Hundertmark, Irmgard Alfken, Bgm Deichmann Str. 26, 2800 Bremen 1